

## Neuigkeiten im AMIA-Fall

### Gebrauchtwagenhändler Telleldín mit Kontakten zu Menem?

Der im AMIA-Fall in Untersuchung sitzende ehemalige Gebrauchtwagenhändler Carlos Telleldín hat eine neue Facette in den Fall um den Bombenanschlag auf das jüdische Sozialwerk AMIA gebracht. Gemäß Telleldín, der in einer VIP-Zelle mit TV, Computer und einer von einem der Direktoren der Anstalt als Mittel gegen Ratten geschenkten Katze seine Tage verbringt, habe er Kontakte zur Familie von Ex-Präsident Carlos Menem und zum Menemismus gehabt.

In einem Telefoninterview am vergangenen Wochenende versicherte Telleldín aus seiner Zelle in der Haftanstalt in Villa Devoto heraus, enge Beziehungen zu Carlos Menem Junior und dem ehemaligen Autorennfahrer Silvio Oltra gehabt zu haben. Oltra, so

Telleldín, habe Autos von ihm geliefert bekommen. Auch sei Oltras Personalausweis-Nummer in den Unterlagen der Gebrauchtwagenhandlung registriert gewesen.

Um seine Äußerungen zu untermauern, erklärte Telleldín, er sei 1993 bei der Rally in Córdoba gewesen und im gleichen Hotel wie Menem Jr. abgestiegen. Sein Auftrag sei es damals gewesen, Oltra Ersatzteile aus seiner Autoverwertung zu liefern. Telleldín versicherte in dem Interview zudem, die ehemalige First Lady Zulema Yoma glaube, dass es eine Verbindung zwischen dem Anschlag auf die AMIA und dem Tod ihres Sohnes gebe. Menem Junior und Oltra kamen 1995 unter mysteriösen Umständen bei einem Hubschrauberabsturz im bonaerenser Ramallo ums Leben. Der

Unfall wurde nie aufgeklärt.

In der Haftanstalt in Villa Devoto hat Telleldín zwei gelegentliche indirekte Gesprächspartner. Einer ist Carlos „Manzanita“ Santoro, ein fanatischer Anhänger des Fußballclubs Boca Juniors, verurteilt wegen Mordes an einem „Andersgläubigen“, der andere ist Enrique Gorriarán Merlo, Ex-Chef des „Movimiento Todos por la Patria“ (MTP, Bewegung alle fürs Vaterland). Merlo verbüßt eine lebenslängliche Haftstrafe für den Überfall auf die Kaserne von La Tablada, bei dem 1989 39 Personen starben. Die Kommunikation mit Santoro und dem Guillero erfolgt mittels Briefen, die ein Gefängnisaufseher befördert.

Mittels seinen angeblichen Bindungen zum Menemismus begründet Telleldín das Verschwin-

den seiner Aufzeichnungen von Telefongesprächen mit dem staatlichen Geheimdienst SIDE bei seiner Flucht nach Posadas. Bei den Telefonaten habe er sich bereit erklärt, sich in Buenos Aires zu stellen. Dies sei, so Telleldín, zehn Tage nach der Zerstörung der AMIA im Juli 1994 geschehen.

Telleldín gab sich in dem neuesten Interview überzeugt davon, dass die Nachrichtendienste „sehr wohl“ wüssten, was damals wirklich geschah.

Der ehemalige Gebrauchtwagenhändler ist nach eigener Aussage heute auch wieder bereit, zu erzählen wie er das später zum Bombenauto umfunktionierte Fahrzeug am 10. Juli 1994 einem Mann namens Ramón Martínez verkauft habe. Diesen Käufer wurde jedoch nie ermittelt.

## Polemik um Dekret

### Duhaldes Register „verzichtbereiter Politiker“ in der Kritik

Zu den gefeierten argentinischen Erfindungen wie beispielsweise des „colectivos“, des Omnibus für die Personenbeförderung, der seit seiner Premiere eine immer eher unglückliche Lösung des Personenverkehrs war, ist jetzt eine neue gekommen. So wie der famose „colectivo“, über den sowohl polemisiert als auch kluggeschnackelt wurde und der sich in neuerer Zeit zum fruchtbaren Tummelplatz für Taschendiebe mauserte, hat auch die neueste nationale Errungenschaft, kaum dass sie das Tageslicht erblickte, eine landesweite Diskussion hervorgerufen. Geht es doch im Grunde um das liebste Kind eines Gesellschaftssektors, nämlich die Pfründe der Politiker und deren praktisch grenzenlosen Handlungsspielraums, ohne dass da in der Regel mit Ahndung zu rechnen war und ist.

Allein der Umstand, dass Präsident Eduardo Duhalde inmitten einer ganzen Reihe von Problemen, denen er sich stellen muss und die insgesamt dringend eine Lösung erheischen, trotzdem ein neues Problem, polemischer wahrscheinlich als alle anderen, aufs Tapet bringt, ist bemerkenswert. So folgte er jenen, die den Ruf des „Alle sollen gehen“ zu ihrem Motto machten und unterzeichnete ein Dekret über die Eröffnung eines Registers der Inhaber von Wahlämtern mit der Bereitschaft, von diesen zurückzutreten und auch nicht neuerlich zu kandidieren.

Das Vorgehen Duhaldes ist angesichts der Aktivitäten der Abgeordneten Elisa Carrió und Luis Zamora jedoch als politischer Schachzug und als eine Flucht nach vorne zu werten. Carrió und Zamora hatten noch am vorvergangenen Freitag zusammen mit dem Gewerkschafter Víctor De Gennaro ihren Slogan mit Demos und Protestmärschen propagiert und waren dann auch die ersten, die auf Duhaldes Initiative mit Unwillen reagierten.

Nicht ohne Bedeutung war für die Reaktion, die an die Adresse der Parlamentarier des „ARI und der Linken“ gerichtete ironisch gefärbte Einladung Duhaldes, sich in das Register aufnehmen zu lassen. Damit nicht genug hatte Duhalde verlauten lassen, er werde der erste sein, der

das tun werde, weil man mit gutem Beispiel voran gehen müsse. Tatsächlich unterschrieb Eduardo Duhalde am Dienstag die Versicherung, nicht als Kandidat aufzutreten und seinen unerschütterlichen Entschluss, sein Amt als Präsident am 25. Mai 2003 zur Verfügung zu stellen. Duhaldes Unterschrift stellt die Premiere des neugeschaffenen Registers dar, das von zahlreichen Seiten bereits das Prädikat „kurios“ erhielt.

Vom ersten Moment seines Bekanntwerdens an, hat die Novität mehrheitlich Ablehnung erfahren. Diese geht von der gemäßigten Stellungnahme des Gouverneurs von Córdoba, José Manuel de la Sota, bis zur bitterbösen Kritik des Senators Eduardo Menem, der das Register als „dumm, grotesk und lächerlich“ bezeichnete. Es sei eine Dummheit, das Spiel jener zu spielen, die verlangen, dass alle gehen sollen, so Menem, der hinzufügte, man bewege sich gemäss der Verfassung, die festschreibt, was Mandate sind, wie lange sie dauern und wie die Kammern erneuert werden. Weiterer Streit scheint vorgezeichnet und auch, dass wieder einmal am Bürgerwunsch vorbeiregert wurde.



CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones

(5411) 4717-6876 / 6054

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

# Doch kein Freibrief für GIs?

## Diskussion um Diplomatenstatus für in Misiones stationierte US-Soldaten

Entsprechend dem Motto „Man kann nie wissen“ erwägt der Kongress eine Interpellierung des Außenministers Carlos Ruckauf und dessen Kollegen im Verteidigungsressort, Horacio Jaunarena. Stein des Anstoßes ist die Möglichkeit, dass die Regierung Eduardo Duhalde nordamerikanischen Soldaten, den sogenannten GIs, einen Freibrief für ihren Aufenthalt auf argentinischem Territorium geben könnte. Es dreht sich dabei um US-Soldaten, in der Mehrzahl Angehörige der Elite-truppe „Marines“, die gemeinsam mit argentinischen Elitesoldaten Übungen in der Provinz Misiones durchführen sollen.

Einen derartigen Freibrief hatte Washington vor etwas mehr als zwei Wochen in einem Schreiben von der argentinischen Regierung erbeten. Im Gegenzug hatte Außenamtschef Carlos Ruckauf dem

State Department eine schriftliche Zusicherung angeboten, mit der den US-Soldaten garantiert werden sollte, dass sie entsprechend den Normen der Wiener Konvention ins Land kommen, die die internationale Immunität der Diplomaten aller Länder regelt.

Ruckauf versicherte in diesem Zusammenhang, Argentinien werde gemäß dieser Vorstellungen garantieren, dass alles was während der Übungen in Misiones passiere, Angelegenheit der nordamerikanischen Justiz sein sollte. Andererseits aber sollte für alles, was das Zivilrecht angehe, die argentinischen Justiz zuständig sein. Eine solche Immunität entspricht jedoch nicht der Auffassung Washingtons.

Die Antwort Ruckaufs hat eine äußerst delikate Situation heraufbeschworen, insbesondere deshalb, weil es sich um die USA han-

delt. Vor allem des Einflusses Washingtons hinsichtlich der Entscheidungen der internationalen Kreditinstitutionen, vor allem des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Ob im Zusammenhang mit der Ablehnung Ruckaufs und der führenden Politiker oder nicht, am Mittwoch verlautete aus den USA, dass die Absichtserklärung des Wirtschaftsministeriums als unzureichend klassifiziert wurde. Hinzu kommt noch der Umstand, dass Argentinien Außer-NATO-Pakt-Partner der USA ist.

Ungeachtet derartiger Umstände und Erfordernisse, so äußerten ungenannt hochrangige Regierungsfunktionäre, kann Argentinien nicht gegen seine Prinzipien verstoßen. Das Land ist Gründungsmitglied des Internationalen Gerichtshofes CPI. Argentinien tritt immer wieder zusammen mit

70 weiteren Mitgliedsländern für den CPI in die Schranken und macht Front gegen Bush und den Kongress, die sich verbittert dagegen wehren, dass ein ausländisches Tribunal einen US-Bürger wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit richtet.

In Buenos Aires kommt die Opposition von Senat und Abgeordnetenkammer zur Ablehnung von Minister und Präsident. Im Kongress geht es allerdings um mehr als einer Ablehnung der Forderung eines anderen Landes. Die Maßnahme nämlich, wenn sie nun trotz allem verfügt werden sollte, wäre gemäß der Feststellung von Politikern ein Verstoß gegen die Vollmacht des Kongresses aus dem Artikel 75 der Verfassung, die Einreise fremder Truppen zu autorisieren oder nicht.

## Huckepack als Ausweg

Mehrere Gouverneure sind in den letzten Jahrzehnten nach dem Huckepack, Spanisch „ley de lemas“, bekannten System gewählt worden, darunter Gouverneur Carlos „Lole“ Reutemann im Jahr 1991, als er seinen radikalen Gegner Horacio Usandizaga mit den Stimmen der anderen justizialistischen Kandidaten besiegte, obwohl er weniger Stimmen als Usandizaga geerntet hatte.

Deshalb wird das Huckepack-System allgemein verpönt, mag es doch die Wählerpräferenzen verfälschen. Trotzdem genießt das Huckepack zumal in Kreisen der justizialistischen Partei zahlreiche Befürworter, weil es die Konfrontation innerhalb der Partei vermeidet. Ohne parteiinterne Wahlen müssen die Justizialisten ihre Kandidaten mittels Parteitag, genannt Kongress, bestimmen, dem mehr als tausend Parteiführer angehören. Mit hunderten von Delegierten lassen sich Parteikandidaten schlecht küren, zumal Justizialisten unter sich vielfach gewalttätig werden.

Als Exgouverneur von San Luis Adolfo Rodríguez Saá vor Weihnachten 2001 nach der Demission des Präsidenten de la Rúa vom Kongress zu dessen interimistischen Nachfolger ernannt wurde, erhielt er den Auftrag, binnen sechzig Tagen Präsidentenwahlen nach dem Huckepack-System einzuberufen. Die Justizialisten wollten dadurch dem parteiinternen Kampf um die Kandidaturen ausweichen.

Im Huckepack addieren die meistgewählten Kandidaten einer Parteifraktion die Stimmen ihrer parteiinternen Gegner. Das widerspricht der Verfassung, die den Wahlsieg für die meistgewählte Formel vorbehält. Das Huckepack-System garantiert keinesfalls den Sieg der meistgewählten Formel, sondern der meistgewählten Formel einer Partei. Nach der Demission von Rodríguez Saá insistierte der Kongress nicht mehr mit dem Huckepack, als Senator Eduardo Duhalde beauftragt wurde, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, ohne ihm vorzuschreiben, vorgezogene Wahlen einzuberufen, wie es Duhalde mit der Frist vom 30. März 2003 getan hat.

Für diese Wahlen sollen bekanntlich am 15. Dezember offene und simultane Internwahlen aller Parteien, die mehr als einen Kandidaten aufstellen, abgehalten werden, wobei eingeschriebene Parteimitglieder nur die Kandidaten ihrer Partei wählen, aber nicht in anderen Parteien mitmischen dürfen. Da die Listen der Parteimitglieder mit insgesamt 8,3 Millionen notorisch aufgebauscht und gefälscht sind, bemühen sich die Politiker um neue Varianten, damit sie die Mitgliederlisten nicht offen legen müssen.

Die einfachste Lösung hatte das Gesetz über die offenen und simultanen parteiinternen Wahlen vorgeschrieben, indem alle Parteien diese Wahlen abhalten müssten, auch wenn sie nur einen Kandidaten aufstellen,

ansonsten ihre Kandidaten nicht zugelassen werden. Duhalde vetierte irrtümlicherweise diese Vorschrift und dekretierte widerrechtlich, dass Parteien mit nur einem Kandidaten nicht an den Wahlen teilnehmen müssen, womit das Problem aufflackerte, dass deren Mitglieder bei anderen parteiinternen Wahlen mitmischen, lies im Klartext bei den Justizialisten gegen Menem stimmen.

Inzwischen hat der PJ-Deputierte Gerardo Conte Grand eine Variante zum Huckepack in Gestalt eines Gesetzesprojektes eingebracht. Danach sollen die parteiinternen Wahlen für dieses Mal ausgesetzt werden. Alle Parteien dürfen dann mit mehr als einem Kandidaten mitmachen. Erreicht kein Kandidat 45 Prozent der Stimmen, dann treten zur Stichwahl die meistgewählten Kandidaten der Parteien an, deren addierte Stimmen die einzigen beiden zugelassenen Parteien sind.

Das bedeutet in der Praxis, dass Justizialisten und Radikale allein zur Zweitwahl schreiten, weil sie die meisten Stimmen ernten werden, obwohl Einzelkandidaten, allenfalls Elisa „Lilita“ Carrió, mehr Stimmen als einer oder beide siegreichen Kandidaten der ersten Wahlrunde ernten.

Diese Hypothese schreckt UCR-Führer Raúl Alfonsín ab, der das Huckepack ebenso wie der Fraktionsführer Pernasetti ablehnt. Ohne radikale Stimmen in der Deputiertenkammer lässt sich das Projekt von Conte Grand nicht mit den in der Verfassung für Wahlrechtsänderungen vorgeschriebene absolute Mehrheit der Abgeordneten verabschieden. Im Justizialismus regen sich zahlreiche Politiker, die der neuen Variante des Huckepack geneigt sind. Sie soll zudem den Test der Verfassungsmässigkeit widerstehen, weil meistgewählte Formeln in der Stichwahl antreten.

Die Radikalen stehen nun vor einem Dilemma. Lehnen sie das Huckepack in der neuen Variante aus Prinzipientreue ab, dann laufen sie Gefahr, in der Präsidentenwahl auf Platz drei zu landen. Mit dem Huckepack können sie mit mehr als einem Kandidaten Platz zwei beanspruchen und der Öffentlichkeit zeigen, dass sie immer noch eine grosse Volkspartei sind, zumal sie in der Zweitwahl zahllose Stimmen anderer Parteien und der Wechselwähler ernten, die den justizialistischen Kandidaten ablehnen.

Sollten die Radikalen ihre Meinung ändern und zusammen mit den Justizialisten das Huckepack laut Conte Grand durchsetzen, dann drängt sich die Vorverlegung der Wahlen und der Amtsübergabe auf. Ein sechsmonatiger Wahlfeldzug bis zum 30. März, wie er bereits unterwegs ist, ist ein Unding und lässt alle Fragen offen, die gegenwärtig Argentinien bedrängen. Je eher eine neue gewählte Regierung amtiert, desto schneller darf man hoffen, dass die Gesellschaft der Gewaltmethoden Herr wird, die die Bevölkerung ständig bedrohen, und die Wirtschaft aus der Depression mit hoher Arbeitslosigkeit herauskommt. Was zu beweisen ist.

## WOCHENÜBERSICHT

### Kirchner ante portas

Der Gouverneur der Provinz Santa Cruz und PJ-Präsidentschaftsvorkandidat Néstor Kirchner hat die Vorstellung seines Programms für die ersten 100 Tage seiner Regierung, wenn er denn gewählt werden sollte, angekündigt. Tag des Ereignisses wird der 28. September 2002 sein, Ort das traditionsreiche Colegio Nacional in Buenos Aires.

### Unerbittlicher Menem

Ex-Präsident Carlos Menem hat gegenüber der Zeitung „La Capital“ (Montagsausgabe) erneut versichert, dass er von einer Präsidentschaftskandidatur „unter keinen Umständen“ ablassen werde.

### Alfonsín-Kritik

Ex-Präsident Raúl Alfonsín hat im Zusammenhang mit dem Tausziehen um den politischen Prozess gegen die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes am Montag kritisiert, dass ein „derart heikles Problem“ über einen längeren Zeitraum verschleppt werde. Zugleich bestritt Alfonsín jedoch Gerüchte, wonach er sich mit Präsident Eduardo Duhalde wegen dieses Themas getroffen habe.

### Strafgesetze reform

Mit der Absicht, dem Anschwollen der Kriminalitätswelle zu begegnen, hat Präsident Eduardo Duhalde am Dienstag den ehemaligen Justizminister der Nation und Ex-Sicherheitsminister der Provinz Buenos Aires, León Arslanian, beauftragt, die Reform des Strafgesetzes zu prüfen. Arslanian wird hierfür einer Kommission von Strafrechtsexperten vorstehen.

### Gewerkschaftsgipfel

Am Dienstag und Mittwoch der kommenden Woche findet in Buenos Aires ein Internationaler Gewerkschaftskongress statt. Gastgeber des Treffens im Nordpark ist die offizielle CGT mit ihrem Generalsekretär Rodolfo Daer. Die Veranstaltung, zu der auch Teilnehmer aus Europa anreisen werden, wird von der Internationalen Vereinigung freier Gewerkschaften CIOSL und deren lateinamerikanischen Zweig ORIT subventioniert.

### „Salomonisches“ Urteil

Die Stadtregierung hat beschlossen, den Wust der rund zwei Millionen unbezahlter Geldstrafen für Verkehrsvergehen mittels einer „salomonischen“ Entscheidung abzubauen. Die Strafsumme wird um 70 Prozent ermässigt. Die

Stadtregierung ist überzeugt davon, dass die bestraften Verkehrssünder jetzt umgehend ihren Verpflichtungen nachkommen.

### Kabinettswechsel

Der bonaerenser Gouverneur Felipe Solá hat am Dienstag Änderungen in seinem Kabinett vorgenommen und folgende neue Minister in ihr Amt eingeführt: Federico Scarabino (Inneres), Rafael Magnanini (Landwirtschaft und Produktion) Alfredo Meckievi (Justiz), Osvaldo Amiëiro (Kabinettschef). Bei seiner Rede zur Einführung der neuen Minister forderte Solá die Begleichung der Bundessteuern aus dem Staatssäckel an die Provinz Buenos Aires. Diese summieren sich auf 430 Millionen Pesos.

### Mehr Waffen

Entsprechend einer Erhebung der Unternehmerorganisation CAME sind im August die Käufe von Waffen und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Sicherheitsdiensten im Vergleich zum August des Vorjahres um 20 Prozent angestiegen. Damit ist der Wirtschaftszweig einer der wenigen mit Wachstum im Verhältnis zum Vergleichsmonat des Vorjahres. Ein Wachstum konnten neben der Sicherheitsbranche auch Kino und Tourismus verzeichnen.

### Verteidiger Menem

Wie schon bei anderen Gelegenheiten zuvor, ist Ex-Präsident Carlos Menem am vergangenen Dienstag erneut für einen seiner ehemaligen Mitarbeiter „auf die Barrikaden“ gegangen. Energisch bestritt Menem Anschuldigungen, wonach der ehemalige Generalse-

ekretär des Präsidialamtes, Alberto Kohan, 300.000 Dollar für die politische und juristische Dekkung der sogenannten „Goldmafia“ kassiert habe. „Kohan hat damit überhaupt nichts zu tun“, stellte Menem fest.

### Bienenraub

Neueste Errungenschaft des rapiden Anstieges der Straftaten ist nach dem „boom“ der Entführungen in Tateinheit mit erpresserischer Geiselnahme und Geiselnahmen der Diebstahl nicht nur von Honig sondern auch von Bienenstöcken. In diesem Zusammenhang sind in den letzten Wochen unter anderem in der Provinz Entre Ríos Fälle registriert worden, in denen mehrere hundert Kilogramm Honig aus Stöcken gestohlen wurden und in anderen Fällen 30, 40 oder mehr Stöcke über Nacht spurlos verschwanden. Da Bienen nicht so einfach zu behandeln sind, gehen Züchter und Behörden davon aus, dass Fachleute, mithin „Kollegen“ am Werk sind. Wie in anderen Bereichen reagieren die Täter unwirsch, wenn ihnen die Beute gering erscheint: Sie zerstören Stöcke und Zentrifugen.

### Stadtinspektor verhaftet

Am Dienstag ist ein Inspektor der Stadtregierung, der mit der Nachprüfung und Kontrolle betraut war, festgenommen worden und befindet sich seitdem im 35. Kommissariat der Bundespolizei in Haft. Der ungetreue Beamte war angezeigt worden, von einem Mietwagenunternehmen im Stadtteil Belgrano Schmiergeld gefordert zu haben. Dafür soll er Mängel übersehen haben.

## Randglossen

**Dem medienwirksamen Ruf einiger Politiker, dass alle Wahlbeamten ausscheiden sollen, antwortete Präsident Duhalde mit einem Dekret, durch das ein Register im Präsidialamt eingerichtet wird, wo sich die Politiker mit notarieller Beglaubigung einschreiben sollen, die demissionieren und öffentlich bekunden, sich für kein Wahlamt als Kandidat zu stellen. Duhalde schrieb sich darauf selber an erster Stelle ein, hatte er doch von Anfang seiner jetzigen Amtszeit an erklärt, künftig kein Wahlamt mehr anzustreben, was ihm freilich seine Mitläufer nicht abnehmen. Die Politiker, die den Spruch „Alle sollen gehen!“ in den Medien verbreitet hatten, reagierten böse auf den Schachzug Duhaldes. Sie bezwecken sicherlich, dass ihre Konkurrenten Wahlämter abtreten, damit Plätze für sie selber und ihre Freunde frei werden. „Alle“ sind für sie die anderen, nur nicht sie selber.**

Die US-Regierung spricht alle Regierungen mit dem Vorschlag auf ein bilaterales Abkommen an, in dem sich die Vertragspartner verpflichten, US-Bürger nur an das Heimatland auszuliefern, aber keinesfalls dem internationalen Strafgerichtshof in Fällen von Genozid und ähnlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu überstellen, dessen Gerichtsbarkeit die US-Regierung strikt ablehnt. Das argentinische Aussehenamt hat genauso gehandelt wie nahezu alle angesprochenen Regierungen und den Antrag abgelehnt. Der Washingtoner Regierung wird danach nur der Ausweg verbleiben, keine eigenen Soldaten im Ausland einzusetzen, allenfalls zur Friedenserhaltung, so dass europäische und andere Streitkräfte erhalten müssten, um die UNO-Aufträge in mehreren Konfliktregionen der Welt auszuführen, woran auch Argentinien mit zahlreichen Missionen beteiligt ist.

## Image im Keller

Entsprechend einer am Montag veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Catterberg y Asociados rangieren Präsident Eduardo Duhalde und Ex-Präsident Carlos Menem in der Bürgergunst ganz unten. Duhalde bescheinigten 55 Prozent ein negatives Image. Nur sechs Prozent der Befragten äußerten eine positive Sicht des amtierenden Präsidenten, von dem 61 Prozent glauben, dass er bis zum vorgesehenen Termin Ende Mai 2003 im Amt bleiben wird. Im Januar hatten bei einer ebenfalls von Catterberg y Asociados durchgeführten Umfrage noch 29 Prozent der Befragten Duhalde ein gutes Image bescheinigt.

Am Ende der Imagerangordnung der Vorkandidaten steht Ex-Präsident Carlos Menem, den 72 Prozent der Befragten in einem negativen Licht sehen. Zudem wünschen sich 60 Prozent nicht, dass Menem bei den Internwahlen des PJ gewinnt. Internwahlwunschkandidaten sind demnach Adolfo Rodríguez Saá und Néstor Kirchner, die beide jeweils 26 Prozent Präferenzen erreichen.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Sehenswerte Kirchen und Kapellen

Die Fremdenverkehrsbehörde von Salta hat eine Broschüre über sehenswerte Kirchen, Klöster und Kapellen herausgegeben.

Wie die übrigen Nordwest-Provinzen besitzt auch Salta einen wahren Schatz an religiösen Einrichtungen und Kunstwerken, die zum Teil aus der Zeit kurz nach der Conquista stammen. Allein in der Provinzhauptstadt gibt es mehr als 30 Gotteshäuser, von der Kathedrale bis zur bescheidenen Privatkapelle, viele von hohem geschichtlichen Wert.

Im landschaftlich wunderschönen Calchaquí-Tal befinden sich etliche gut erhaltene und besonders alte religiöse Gebäude. So die Kirche von Cachi, deren Dach, Fussboden, Bänke, Altar und Beichtstuhl aus Kakteenholz ist, welches früher neben den Adobe-Lehmziegeln das einzige verfügbare Baumaterial war. Die Pfarrkirche vom Bischofssitz Cafayate ist eine der drei fünfschiffigen Kirchen in Argentinien. Sehenswert sind aber auch die Kirchen von Molinos (Ende 18. Jahrhundert), San Carlos (1801) oder Seclantás (1835). Bei den meisten ist das einzige Längsschiff nur fünf bis sechs Meter breit, um dem Gebäude Stabilität bei Erdbeben zu geben. Der Convento San Bernardo in der Stadt Salta mit seinem berühmten, handgeschnitzten Holzportal stammt sogar aus dem Jahr 1723. Viele dieser Kirchen und Kapellen besitzen zudem sehr alte Glocken, die manchmal zwar schon Risse aufweisen, aber nach wie vor die Gläubigen zur Messe rufen. An abgelegenen Orten freilich wird nur ab und zu Gottesdienst abgehalten, wenn der zuständige Pfarrer Zeit hat, den Sprengel zu besuchen.

Allerdings am häufigsten besucht und fotografiert in Salta ist San Francisco und sein abseits stehender, 54 Meter hoher Glockenturm, mit Ecksäulen aus vier verschiedenen griechischen Architekturperioden, der angrenzenden Abtei sowie im Refektorium ein Gemälde vom Letzten Abendmahl in zeitgenössischer Darstellung.

Die „Guía Turístico Religiosa“ gibt es in Reisebüros, an Mautstellen und in der Casa de la Provincia, Diagonal Norte 933 (4326-1314), Buenos Aires.

### Interessante Alternative

Ein sehr guter und aktueller Leitfaden durch Buenos Aires für Ausländer, mit Restaurants, Museen, Ausstellungen, Shoppings usw. gibt die Asociación de Guías de Turismo unter dem Titel Alternativas heraus. Man erhält den Führer unentgeltlich in Hotels, der Secretaría de Turismo sowie an Auskunftskiosken.

Marlú

## TABELLEN

### Fußball

#### Torneo Apertura

**Sechster Spieltag:** San Lorenzo - Estudiantes 3:1, Gimnasia - Banfield 0:1, River - Huracán 1:2, Olimpo - Unión 2:3, Newell's - Central 0:2, Colón - Talleres 0:0, Charcarita - Arsenal 0:1, Vélez - Independiente 1:2, Lanús - Boca 1:0, Racing - Nva. Chicago verlegt.

**Tabellenspitze:** 1. Central 18:5 Tore, 15 Punkte; 2. Independiente 13:5, 14; 3. River 11:3, 13; 4. Boca 9:4, 11; 5. Newell's 8:5, 11; 6. Unión 8:7, 11.



San Francisco in Salta.

### Hockey

#### Argentinien unterliegt China

Im Endspiel um die Champions Trophy setzten sich die Chinesinnen am Sonntag in Macao im Siebenmeterschießen mit 5:3 gegen Titelverteidiger Argentinien durch. Nach regulärer Spielzeit und Verlängerung hatte es 2:2 gestanden. Im Spiel um Platz drei siegten die Niederlande 4:3 gegen Australien. (dpa/AT)

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitagnachmittags \$ 3,65.** Der Terminkurs zum 30.9. betrug \$ 3,79 und zum 31.10 \$ 3,93.

\*\*\*

**Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,5% auf 370,36,** der Burcapindex um 3,4% auf 1.493,23 und **der Börsenindex um 2,1% auf 20.658,72.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liners) stieg in der Berichtswoche um 5,7% auf \$ 1,9089.**

\*\*\*

**Einer Ermittlung der Riobank zufolge haben die 100 grössten Unternehmen des Landes durch die Abwertung \$ 64,76 Mrd. verloren.**

Am stärksten wurden die Erdölunternehmen betroffen, vor Finanzierungsgesellschaften, Dienstleistern, Kommunikationsbetrieben und Supermärkten und jenen, die durch ihre erfolgreiche Devisenkredite im Ausland aufnehmen konnten und nun von der Pesifizierung betroffen wurden. Der Bericht führt 100 Unternehmen ausgenommen Banken auf, die an der Börse notieren. Unter ihnen befinden sich Aeropuertos Argentina 2000, Molinos Rio de la Plata, YPF, die Telefongesellschaften und Nobleza Piccardo. Die angeführten Unternehmen besitzen Aktiven für \$ 129,13 Mrd., Nettovermögen von \$ 20,95 Mrd., auf das Jahr hochgerechnete Umsätze zum März 02 von \$ 38,8 Mrd., um 6% weniger als zum März 01. Ihre Gewinne gingen im selben Vergleich um 42% zurück. Am ungünstigsten zeigt sich jedoch ihr Finanzbereich. Der Saldo von kassierten und bezahlten Zinsen betrug zum März 01 \$ -2,99 Mrd. und zum März 02 \$ -74,55 Mrd.

\*\*\*

**Den Provinzregierungen wurde die zusätzliche Ausgabe von Bonds für \$ 2,19 Mrd. bewilligt, so dass sie zu Jahresende über \$ 10,6 Mrd. in Geldersatzbonds in Umlauf gebracht haben werden.** Die letzte Zusatzbewilligung ging an Córdoba, das den Umlauf ihrer Lecopbonds von \$ 400 auf \$ 800 Mio. erhöhen kann, obwohl die meisten Provinzen das Abkommen mit dem Staat unterzeichnet haben, demzufolge sie Mittel vom Staat erhalten und dafür ab Juli keine Bonds mehr auflegen werden. Wie das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) bekanntgab, beträgt der Ersatzgeld-Umlauf in Provinzbonds derzeit 36,3% des Geldumlaufs (Banknoten und Ersatzbonds), der zum 27.8.02 \$ 23,4 Mrd. betrug. Lecop- und Pataconbonds behalten 96,5% bzw. 95% ihres Wertes, weil mit ihnen nationale Steuern bezahlt werden können. Der Lecor (Córdoba) wird zu 85% seines Nennwertes gehandelt, der Quebracho (Chaco) zu 72%, der Federal (Entre Rios) 68%, der Cecacor (Corrientes) 38% usw.

\*\*\*

Wie der Kleinhändlerverband Fedecámaras mitteilte, mussten im August weitere rd. 10.000 Geschäfte schliessen. Das mache in diesem Jahr bisher 152.500 aus. Gleichzeitig verloren damit 381.250 Menschen ihren Unterhalt. Die Absätze seien im Einzelhandel seit Jahresbeginn um 80% zurückgegangen. Die Preiserhöhungen des Familien-Warenkorbes betragen im selben Zeitraum 70%.

\*\*\*

**Die Arbeitnehmer einer Filiale der in Rosario in Konkurs geratene Tigre-Supermarktkette haben sie als Genossenschaft wieder eröffnet.** Vorerst verkaufen sie Konsumgüter.

\*\*\*

**Die Firma Edesur, die vor 10 Jahren die Konzession für das Stromverteilungsnetz der Hälfte von Buenos Aires und Umgebung erhielt, hat in einer Anzeige darauf hingewiesen, dass sie ausser dem Kaufpreis von US\$ 900 Mio. noch US\$ 1 Mrd. investiert hat.** Die Qualität des Dienstes sei um 80% verbessert worden, indem die Stromausfälle um 75% gesunken und eine Zunahme von 37% des gelieferten Stromes stattgefunden habe. Der Strompreis lag vor der Abwertung unter dem von 1992, als der Dienst staatlich war, wobei er zu den niedrigsten der Welt gehörte. 300.000 Familien mit niedrigem Einkommen wurden mit Strom beliefert. Insgesamt hat das Unternehmen Steuern für US\$ 2,44 Mrd. gezahlt. 70% der Anträge von Kunden werden telefonisch erledigt. Die Rentabilität (Gewinn bezogen auf das Vermögen) betrug im Durchschnitt 4,4%, wobei in den ersten Jahren Verluste ausgewiesen wurden.

\*\*\*

\*\*\*

**Ab dem 1.10.02 können Checks, die frei verfügbare Konten belasten, an Bankschaltern in Barem kassiert werden.** Frei verfügbare Guthaben können bereits elektronisch von einem Konto auf ein anderes übertragen werden. Nach dem ZB-Beschluss A 3682 vom 2.8.02 können frei verfügbare

## KAUFEN VERSCH. COMPRAS VARIAS

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

## UNTERRICHT ENSEÑANZA

SPANISCH, jedes Sprachniveau nach Bedarf, günstige Tarife, Mrs. Margarita Kise. Anrufe aus dem Ausland 54-237-483-2273. Lokale Anrufe: 0237-483-2273 Mobile Anrufe aus dem Ausland 54-11-4164-3457. Lokale Anrufe 15-4164-3457- E-mail: margaritakise@ciudad.com.ar

Beträge bereits von einem Konto auf ein anderes elektronisch übertragen und von dort in Barem abgehoben werden. Um bei einem Konto zu unterscheiden, welche Anteile eingefroren und welche frei verfügbar sind, müssen die Banken bei Kontoauszügen unter Konto A den eingefrorenen und unter Konto B den frei verfügbaren Betrag angeben. Sollten sie die unterschiedlichen Beträge nicht angeben können, müssen sie dem Kunden gebührenfrei ein zweites Konto für frei verfügbar Beträge eröffnen.

\*\*\*

**Mit Beschluss Nr. 133 hat das Industrie-, Handels- und Bergbausekretariat den Kauf von Fahrzeugen, Landwirtschafts- und Strassenbaumaschinen mit Boden-Bonds reglementiert und diese Möglichkeit auf Kfz und Maschinen aus dem Mercosur sowie aus Lagerbeständen anderen Ursprungs, wenn diese vor dem 15. Tag nach Veröffentlichung des Beschlusses verzollt wurden, ausgedehnt.** Erworben können Pkw bis 3.000 ccm Hubraum, Lkw, Kleinstlaster, selbstangetriebene Landwirtschaftsmaschinen, Sattelaster, Planiergeräte, Strassenwalzen usw. werden, insgesamt 79 verschiedene Fahrzeuge, die gegen Boden 2012 zu \$ 1,40 pro Dollar plus CER-Berichtigung und Zinsen verrechnet werden können. Der Marktwert der Boden-Bonds ist noch nicht bekannt, wird jedoch mit 60% unter dem Nennwert angenommen, so dass ein Kauf nach Beschluss 133 ungefähr 50% des normalen Dollarwertes entspricht.

\*\*\*

**Nach dem Scheitern der Fusion mit Southern Winds hat E. Eurnekian 100% der Aktien der Fluggesellschaft Airg (vormals Lapa) an eine argentinisch-bolivianische Finanzgruppe unter dem Namen Aeroandina verkauft, die auch Schulden der Fluggesellschaft von \$ 60 Mio. übernimmt.** Binnenfluggesellschaften müssen mehrheitlich argentinisches Kapital haben. Der argentinische Rechtsanwalt M. Folchi, der die bolivianische Aerosur in Argentinien vertritt, wurde Präsident und Hauptaktionär. Weitere Aktionäre sind Aerosur, der bolivianische Bauunternehmer und Präsident von Aerosur, H. Roca, A. Riva, der u.a. mit 1% an der Flughafenkonzession Eurnekians beteiligt ist und R. Arena aus der Fremdenverkehrsbranche. Eurnekian soll vom Konkurrenzschutzsekretariat gezwungen worden sein zu verkaufen, da er die 32 Flughäfen des Landes kontrolliert und der zusätzliche Besitz der zweitgrößten Binnenfluglinie konkurrenzgefährdend erschien. Aero-sur konkurriert in Bolivien mit LAB (Lloyd Aéreo Boliviano) und befördert 55.000 Fluggäste im Jahr.

\*\*\*

**Die 1939 gegründete und im Vorjahr geschlossene Morixe-Getreidemühle im Caballitobezirk von Buenos Aires hat den Betrieb wieder aufgenommen.** Durch ein Abkommen mit den Inhabern, Morixe Hnos. SA, dem Bäckerverband (CIP), der Stadt-

regierung, der Industrie- und Aussenhandelsdirektion und dem Getreidehändler Olycer SA wurde eine subventionierte Firma geschaffen, die unter dem Namen Felipe Portefino Brot um 20% unter dem Marktpreis anbieten wird.

\*\*\*

**Dem Monatsbericht von TEYF (Tendencias Económicas y Financieras) zufolge wurden im August 15.249 Arbeitnehmer entlassen und 10.052 suspendiert.** Die Kündigungen nahmen gegenüber dem Vormonat leicht ab, waren jedoch 4-mal mehr als im Vorjahresaugust. Die am meisten betroffenen Branchen waren das Baugewerbe, Handel, Transport, Banken, Metallverarbeiter und Schuhwerk.

\*\*\*

**Rd. 300 Inhaber von Obligationen argentinischer Privatbetriebe haben in Buenos Aires und New York Rechtsschritte zum Inkasso von Zinsen und Kapitalamortisationen von privaten Obligationen, die in Default geraten sind, eingeleitet.** Unter dem Namen Damnicados 2002 zusammengeschlossen, prüfen sie ihre Beziehung zu den Schuldner Fall für Fall. Sie sollen bereit sein, Fristverlängerungen, nicht jedoch Abschlüsse anzunehmen.

\*\*\*

**Die von den Banken Comafi und Macro übernommenen Filialen der Scotiabank Quilmes, die ihre Tätigkeit in Argentinien aufgegeben hat, haben den normalen Betrieb als Filialen der Käuferbanken aufgenommen.** 55 Filialen einschliesslich der ehemaligen Zentrale gehören nun zur Comafibank und 36 zur Macrobank.

\*\*\*

**Das Argentinische Kapitalmarktinstitut des Wertschriftenmarktes hat errechnet, dass Ackerbau und Viehzucht die von den zu Jahresbeginn getroffenen Wirtschaftsmassnahmen, einschliesslich der Abwertung, am meisten begünstigt wurden.** Im 1. Quartal haben sich die Gewinne der Branchen im Jahresvergleich um 1.848% beinahe verzwanzigfacht.

\*\*\*

**Die erste Notierung eines unprogrammierter Depositen-Zertifikates (Cedro) an der Börse von Buenos Aires hatte einen Abschlag von 18%.** Es war eine ursprüngliche Dollareinlage in der BBV Francésbank, die pezifiziert wurde und \$ 20.024 betrug. Vorher wurde ein Cedro auf dem Elektronischen Markt mit 75% Abschlag verkauft.

\*\*\*

**Ein Bundesgericht hat einem Schutzrekurs der Supermarktkette Pájaro Azul gegen das Steueramt stattgegeben.** Das Unternehmen will mögliche Rechtsschritte des Amtes gegen die Zahlung von Steuern mit in der Provinz Formosa seit einem Jahr umlaufenden Bocanfor-Bonds verhindern. Es fordert, dass diese Bonds wie die Patacon-Bonds der Provinz Buenos Aires angenommen werden, widrigenfalls das Verhalten ungleich und widerspruchsvoll wäre. 100% der Fir-

## Argentinisch-deutsches Fleischseminar

Der Einladung der deutschen Botschaft, der Deutsch-Argentinischen Industrie- und Handelskammer, des argentinischen Landwirtschafts- und des Wissenschaftssekretariates für das erste Seminar über die Viehzucht und den Fleischexport folgten am vergangenen Mittwoch im Konferenzsaal des Deutschen Klubs mehr Teilnehmer als Sitzplätze verfügbar waren.

Botschafter Hans-Ulrich Spohn eröffnete das Seminar in freier spanischer Rede, verwies auf die Bedeutung des deutschen Fleischmarktes für Argentinien und erinnerte an die Bemühungen der deutschen Regierung zum Abbau der Agrarrestriktionen, die den Import belasten. Jurgen Illing, Geschäftsführer der Kammer, dankte in seiner Begrüssungsansprache der Botschaftssekretärin für Landwirtschaft Astrid Jacobs für die erfolgreiche Initiative des Seminars.

Landwirtschaftssekretär Haroldo Lebed empfahl die Einverleibung der Sonderquote von 10.000 t hochwertiges Fleisch in die Hilton-Quote von 28.000 t, die die Europäische Union Argentinien jährlich zugesteht. Hierüber gefragt, erklärte Staatssekretär Dr. Hermann-Josef Schlöder vom deutschen Ministerium für Konsumentenschutz, Nahrung und Landwirtschaft, dass die Sonderquote Argentinien als Hilfe in der jetzigen Krise zugestanden wurde, nachdem die Maul- und Klauenseuche argentinische Exporte auch aus der Hilton-Quote im Vorjahr ausgeschlossen hatte. Insofern sei die Sonderquote für das Agrarjahr 2002/03 einmalig.

In seiner Ansprache bezog sich Schlöder auf den sinkenden Rindfleischkonsum in Deutschland, unbeschadet des kurzlebigen Konsumsverfalls nach dem Ausbruch der Rinderpest-Seuche. Der sinkende Konsum von jetzt nur noch knapp über 10 kg im Jahr je Einwohner gegenüber 40 kg Schweinefleisch und 15 kg Geflügel beruht auf veränderten Haushaltsgewohnheiten, wo die Eltern kaum noch mit ihren Kindern gemeinsam speisen und Einzelhaushalte sich immer mehr durchsetzen. Schweinefleisch genießt die Vorliebe der deutschen Fleischkonsumenten in Gestalt von Würsten und anderen Produkten. Argentinisches Fleisch besitzt ein unverwüthliches Image als Qualitätsfleisch, weshalb Argentinien erstes Lieferland von Rindfleisch in Deutschland ist. Diesen Ruf gilt es zu erhalten, indem die Qualität garantiert wird und die Rückverfolgbarkeit der Fleischkette bis zum Viehzüchter nachvollziehbar ist.

In Vertretung der privaten Fleischimportverbände bezog sich Dr. Heike Harstick auf die Kontrollen, die in Deutschland zur Sicherung der Fleischqualität in der gesamten Fleischkette eingerichtet wurden. Die Qualität und Sicherheit GmbH kontrolliert die Produktion und den Vertrieb. Die Mitwirkung ist freiwillig und kann auch argentinische Firmen umfassen. Einzelheiten können unter [ww.q-s.info](http://ww.q-s.info) im Internet auf der Website der Q-S GmbH in Bonn oder per e-Mail [info@q-s.info](mailto:info@q-s.info) erfahren werden. Die Etikettierung soll die Transparenz der Qualität garantieren.

Während Schlöder und Harstick das hervorragende Image, das argentinisches Rindfleisch in Deutschland genießt, hervorhoben, prangerten die anwesenden deutschen Importeure die Qualität der argentinischen Lieferungen an. Karl-Georg Imke (Hanseatische Fleischhandelsgesellschaft mbH), Nils Bohlen (Fleischimport Kruse) und Hans Niesler (Maredo TransMeat) waren sich einig: Angesichts von 20 bis 30% schlechter oder gar verdorbener Ware, die in Deutschland per Container ankommen, müssten stärkere und strengere Kontrollen eingeführt werden. Dafür müsse nach Ansicht von Dr. Kai Köhnken, Vize-Präsident des Verbandes der deutschen Fleischwirtschaft, die argentinische Regierung sorgen. Laut Imke zwängen die schlechte Qualität, die fehlende Kontinuität der Lieferungen und nicht zuletzt die Preisschwankungen die Importeure dazu, sich verstärkt auf den brasilianischen und uruguayischen Markt umzusehen. Es liege nun an Argentinien, die verlorenen Marktanteile zurück zu gewinnen.

Mit Fragen des Publikums und Antworten der Vortragenden wickelte sich das ganztägige Seminar über Sachfragen des Fleischhandels, der Technologie und der Exportlogistik ab.

meneinnahmen bestünden in diesen Bonds, die durch ein Gesetz in der Provinz Zwangs-Ersatzwährung sind und angenommen werden müssen.

\*\*\*

**Die ZB-Mitteilung A 3709 be-**

**stimmt, dass Schuldner an das Ausland 5 Bedingungen erfüllen müssen, um Devisen zur Zahlung von Zinsen und Amortisationen zu erhalten.** 1) Die Beträge müssen umgeschuldet und gerichtlich bestätigt sein,

was beweist, dass ein Vergleichsverfahren besteht. 2) Die Kapitalfälligkeiten mussten durch die Umschuldung auf Durchschnittsfristen von mindestens 4 Jahren mit 2 Jahren Karenz verlängert sein. 3) Zinszahlungen müssen dreimonatlich oder in längeren Abständen erfolgen und die Zinssätze höchstens Libo auf 6 Monate plus 3% betragen. 4) Die zugestanden Abschläge müssen mindestens 40% (bei Kapitalisierungen 60%) betragen. 5) Der ZB-Auslandsniederlassung müssen alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stehen.

\*\*\*

**Der Beschluss 1331 des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP) verfügt für MwSt-Rückerstattungen bei Exporten, dass die Forderung von Garantien bei Förderungsvorhaben abgeschafft wird.** Sie werden durch ein Gutachten eines unabhängigen Buchprüfers ersetzt.

\*\*\*

**Der Unternehmerverband AEA (Asociación Empresaria Argentina) fordert von der Regierung die Erfüllung der 14 Punkte die von der Regierung Duhalde und den Provinzgouverneuren der PJ-Fraktion im April beschlossen wurden.** AEA-Vorsitzender ist L. Pagani von Arcor, Vorstandsmitglieder u.a. P. Rocca (Tehint), A. Fortabat (Loma Negra), J. Ranero Díaz (Repsol), S. Bagó (Lab. Bagó), E. Pescarmona (Impsa), M. Sacerdote (BankBoston) und A. Coto (Supermärkte).

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung der Provinz Rio Negro gab bekannt, dass es für die Ausschreibung des Bergbau- und Hüttenunternehmens Hiparsa (früher Hipasam) keine Interessen gab.** Die Privatisierung wurde im Juli eingeleitet und in Erwartung von möglichen Interessenten auf September verschoben. Der Betrieb steht seit 1990. Mit dem Unternehmen wurde der Hafen desselben in Punta Colorado angeboten, von dem das Eisen verschifft werden sollte.

\*\*\*

**Die spanische Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas hat bei einem Bundesgericht Strafanzeige gegen den Transportsekretär und den verantwortlichen Koordinator für Zivilluftfahrt erstattet.** Der Einsatz von Boeing 767 Maschinen für Flüge der isländischen Air Atlanta und der argentinischen Southern Winds zwischen Buenos Aires und Miami sei unzulässig und rechtswidrig. Die Flüge müssten sofort eingestellt werden.

\*\*\*

**Die Iveco Lkw-Fabrik wird September/Oktober einen Wochentag arbeiten und durch 4 das Personal schulen.** Dafür wird sie den Mitarbeitern 55% des Lohnes plus die von der Regierung verfügbaren \$ 100 bezahlen. Iveco beschäftigt in Ferreyra, Provinz Córdoba, 110 Mitarbeiter.

\*\*\*

**Der Beschluss 169/02 (Amtsblatt vom 3.9.02) bestimmt, dass die von der Regierung für die Privatwirtschaft verfügte Zulage von \$ 100 im**

**Monat auch Arbeitnehmern von Einheitssteuerzahlern (Monotributo) und jenen bezahlt werden muss, die nach dem 1.7.02 eingetreten sind.**

\*\*\*

**In einem weiteren, harten Urteil hat ein Verwaltungsgericht die Depositionseinfrierung und die Pesifizierung als verfassungswidrig erklärt.**

Um die Banken zu erhalten, habe die Regierung Verfassungsrechte missachtet. Das Urteil ist nur für den konkreten Fall eines Bankkunden gültig, in dem die Einfrierung, die Pesifizierung und das Dekret Nr. 1316 (Zahlungsaufschub für 120 Tage) als verfassungswidrig erklärt wurden. Es kann jedoch eine Kettenreaktion auslösen, da dem Gericht tausende Beschwerden vorliegen, denen in erster Instanz bereits stattgegeben wurde, die wegen Einsprüchen der Regierung, der ZB und der Finanzanstalten nicht vollstreckt wurden. Auch wartet ein ähnlicher Fall auf den Rechtsspruch des Obersten Gerichtshofes.

\*\*\*

**Die Stadtregierung von Buenos Aires hat beschlossen, dass ein Teil ihrer Kaufkraft von rd. \$ 900 Mio. im Jahr zugunsten der Kleinst- und Kleinunternehmen, im Sinne der „compre Argentino“ benannten Verfügung vom 2.9.02 einzusetzen ist.** Wie von der Landesregierung wird die Bevorzugung heimischer Erzeugnisse verpflichtet, doch müssen hier die genannten Kleinbetriebe als Lieferanten bevorzugt werden, wenn ihr Angebot bei ansonsten gleichen Bedingungen nur 5% über dem besten Preis liegt. Die gesetzliche Rangordnung der Lieferanten ist: Kleinbetriebe argentinischen Kapitals in der Stadt bis zu 5% über dem besten Angebot; in der Stadt ansässige Unternehmen argentinischen Kapitals die sich dem besten Angebot angleichen; Kleinst- und Kleinbetriebe des restlichen Landes mit bis zu 5% Überpreis; die restlichen argentinischen Unternehmen, und schliesslich ausländische Firmen.

\*\*\*

**Die Kammer der Exporteure sprach sich gegen die letzten Regierunsmassnahmen zur Aufstockung der Devisenreserven aus.** Die von der ZB gewählte Devisenkontrolle sei primitiv und verschlechtere die Lage, die sie zu verbessern sucht. Von weltweit 186 Devisensystemen würde nur in 9 Staaten die Totalabführung der Devisen gefordert. Mehrheitlich muss nicht der gesamte Devisenertrag abgeliefert werden und Exporteure könnten über ihre Dollar Konten in ausländischen Banken verfügen, besonders als Garanziehinterlegung für Darlehen und Umschuldungen. Die Unmöglichkeit Kredite mit Dollargarantie zu erhalten, würde US\$ 5 Mrd. in die Schattenwirtschaft zwingen. Das verringere die Ausfuhr und damit die verfügbaren Devisen für den Staat.

\*\*\*

**Der Absatz von 4.923 Kfz lag im August um 66,2% unter dem des gleichen Vorjahresmonates und um 2,9% über dem des Vormonates.** In den ersten 8 Monaten betrug der Rück-

## Öffentliche Dienste spüren die Rezession

Die schrumpfende Kaufkraft spiegelt sich in weniger Ferngesprächen, weniger Fahrgästen der Massenbeförderungsmittel, in den Supermärkten und vielen anderen Lieferanten des Marktes wider. Einige Sparten haben Erholungen ausgewiesen, wie etwas grössere Stromlieferungen an die Industrie oder der Inlands-Fremdenverkehr durch die Winterferien.

Die vom Statistikamt Indec veröffentlichten Angaben bestätigen, dass der Gesamtverbrauch öffentlicher Dienstleistungen im Juli um 5,8% unter dem des Vorjahresjuli lag. Gegenüber dem Vormonat war er hingegen saisonbereinigt um 2,6% grösser. Die Gesamtverbrauchszahlen vom Juni hatten um 9,6% unter denen des gleichen Vorjahresmonates gelegen, worin eine Verlangsamung des Rückgangs gesehen wird.

Die wichtigsten vom Statistikamt angegebenen interanuellen Verbrauchsrückgänge im Juli sind folgende:

- Ortsgespräche gingen um 8,4% zurück, Regionalgespräche um 15,1%, Ferngespräche ins Ausland um 2,8% und aus dem Ausland um 7,2%.

- Bei den Zellularteleten ging die Anzahl der in Betrieb befindlichen Apparate um 8,2% und die Zahl der Gespräche um 15,3% zurück.

- Beim Passagiertransport büsste der Vorortverkehr 13,2% und der Regionalverkehr 28,2% seiner Fahrgäste ein.

- Die U-Bahnen beförderten um 3,5% und die Stadt- und Vorstadtbusse um 12,2% weniger Fahrgäste.

- Inlandsflüge hatten um 4,8% und internationale um 13,8% weniger Fluggäste.

- An den Mautstellen von Buenos Aires Stadt wurden um 11,4% und an den Nationalstrassen um 9,5% weniger Kfz gezählt.

Im Jahresvergleich haben nur fünf Bereiche Zunahmen verzeichnet: Inlands-Luftfrachtverkehr 19,4%, Eisenbahn-Frachtverkehr 15,6%, Fahrgäste der Stadtbusse 4%, Erdgasförderung 3,1% und Trinkwasserversorgung 0,2%.

Im Vormonatsvergleich des Juli wurden um 3,3% grössere Stromlieferungen gemeldet, eine um 5,1% grössere Erdgasförderung und um 7% mehr Fahrgäste im Bodenverkehr.

gang im selben Vergleich 55,4%. Die Augustproduktion ging im Vorjahresvergleich um 19,9% und im Vormonatsvergleich um 3,7% zurück. Der Vorjahresvergleich der ersten 8 Monate ergibt bei der Produktion mit 15.238 Einheiten eine Schrumpfung von 43,1%. Die Augustausfuhr von 11.578 Kfz lagen um 6,6% unter denen des Vormonates, um 18,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat und in den ersten 8 Monaten um 32,7% unter dem gleichen Vorjahreszeitraum. General Motors hat im August 4.884 Fahrzeuge gefertigt, Ford 3.237, Peugeot/Citroën 2.315, Renault 1.755 und VW 1.573.

\*\*\*

**Bei den Finanzanstalten befinden sich 53.353 exekutionsreife Hypothekendarlehen, deren Zwangsversteigerungen nach Ablauf der Verbotsfrist, die am 15.11.02 abläuft, beginnen kann, wie einem Bericht zu entnehmen ist, den die ZB auf Ansuchen einer Parlamentariergruppe angefertigt hat.** Der als uneinbringlich bezeichnete Betrag, der durch die Versteigerungen zumindest teilweise hereingebracht werden soll, wird mit \$ 906 Mio. angegeben. Nach Beträgen grösster Gläubiger ist die Hypothekendarbank mit \$ 149,5 Mio., nach Zahl der Schuldner die Galiciabank mit 12.630. Die Gesamtpfändungen, mit denen die Banken Aussenstände von \$ 4,31 Mrd. rückgewinnen wollen, stammen aus insgesamt 188.221 Gerichtsurteilen.

\*\*\*

**Eine Kommission aus Regierungsvertretern, Parlamentariern, der ZB und Privatbankvertretern ist übereingekommen, das CER benannte Indexierungssystem ab 1.10.02 in Kraft treten soll.** Dazu

muss das Parlament dieses Abkommen als Gesetz verabschieden. Mittels eines Gesetzes wurde die CER-Indexierung auf den 30.9. verschoben. Dieses Gesetz wurde von Banken, dem IWF und in den USA hart kritisiert. Die Regierung erkannte, dass sie die Frage nicht weiter hinausschieben könne und suchte einen Ausweg. Die Indexierung soll die niedrigsten Einkommensstufen nicht belasten. Deshalb wurden Kredite von weniger als US\$ 150.000 und Personalkredite von weniger als \$ 12.000 ausgeklammert.

\*\*\*

**Ein Rechtsspruch hat das Regierunsgesetz für ungültig erklärt, mit dem die internationale Flughafengebühr nach der Abwertung von \$ 18 auf US\$ 18 geändert wurde.** Kläger war Aerolíneas Argentinas, die zur Einbehaltung der Gebühr verpflichtet ist. Allerdings beugt sich die Flughafenkonzessionärin Aeropuertos Argentina 2000 dem Urteil mit dem Argument nicht, dass andere Gerichte ähnliche Klagen zurückgewiesen hätten. Sie brachte eine politische Klage gegen die verantwortliche Richterin ein.

\*\*\*

**Isenbeck hat eine Runde im Streit um die Rechtmässigkeit des Einstieges der brasilianischen Am-Bev bei der Quilmesbrauerei gewonnen.** Isenbeck hatte gefordert, bei den Verhandlungen als Beobachter zugelassen zu werden, da der Zusammenschluss Konkurrenzschutzfragen bei der Malzversorgung aufwerfe. Der von der Regierung abhängige Konkurrenzschutz wies den Antrag zurück. Aufgrund der Klage von Isenbeck entschied das Gericht, dass an der Sachlage nichts zu ändern sei, bis die

Rechtsfragen geklärt sind. Damit wird der für den 15.9. vorgesehene Zusammenschluss der beiden Grossbrauereien vorerst aufgeschoben.

\*\*\*

**Ein Gericht hat der Regierung untersagt, irgendwelche Änderungen der ursprünglichen Bedingungen des Konzessionsvertrages der Post vorzunehmen.** Die Regierung verhandelt über diese Änderungen, doch liegt dem Gericht eine Klage darüber vor, weshalb jede Änderung zu unterlassen sei, bis die Ermittlungen abgeschlossen sind.

\*\*\*

**Weitere Massnahmen der Wirtschaftsführung zur Eindämmung des Devisenabflusses sind:** Das Rundschreiben 3610, das Auslandsüberweisungen ohne Sondergenehmigung zur Zahlung von Schulden von Unternehmen gestattete, die mindestens 50% ihrer Verpflichtungen umgeschuldet hatten, gilt nicht mehr. Die gleichen Einschränkungen gelten auch für Provinz- und Gemeinderegierungen, die Kapital- oder Zinsverpflichtungen ins Ausland überweisen wollen. Alle Zahlungen dieser Art sind nun genehmigungspflichtig.

\*\*\*

**Die Bankeinlagen der Privatwirtschaft, die von \$ 2,12 Mrd. auf \$ 1,36 Mrd. zurückgegangen waren, haben im August um \$ 560 Mio. zugenommen.**

\*\*\*

**Nach Reserveverlusten von US\$ 1,2 Mrd. in 2 Monaten konnte sie die ZB im August um US\$ 123 Mio. aufstocken.**

\*\*\*

**266 Unternehmen der Provinz Córdoba, die 5.000 Mitarbeiter beschäftigen, erhalten durch 6 Monate für jeden eine Gehaltssubvention von monatlich \$ 150.** Bedingung ist, dass sie keine Entlassungen vornehmen.

\*\*\*

**Wechselstuben dürfen am Ende jeden Arbeitstages nur mehr US\$ 1,5 Mio. in der Kasse haben, mit einer arbeitsbedingte Toleranz von 10%.** Banken mit mehr als 50 Filialen dürfen täglich im Auftrag Dritter nur mehr US\$ 300.000 statt wie bisher US\$ 500.000 verkaufen. Banken mit weniger Filialen sowie Wechselstuben dürfen dafür täglich bis zu US\$ 150.000 umsetzen. Diese Massnahme schränkt schwerpunktmässig das Geschäft der Handelsbanken ein. In diesem Bereich werden angenehme US\$ 5 Mio. pro Tag gehandelt. Die Massnahme soll den Betrag auf US\$ 3 bis 3,5 Mio. senken.

\*\*\*

**Auslandsdarlehen in Devisen müssen auf mindestens 90 Tage abgeschlossen werden. Wer Devisen im Ausland erhält, muss sie in Pesos eintauschen und diese Pesos durch mindestens drei Monate behalten.** Damit sollen Spekulationen mit kurzfristigen Kapitalien erschwert werden.

\*\*\*

**Das Verwaltungs-Berufungsgericht hat der ZB in einem Rechts-**

**spruch angeordnet den gesamten Dollarbetrag oder den Gegenwert in Pesos zu \$ 1,40 pro Dollar für Fristeinlagen einer Klägerin auszuzahlen.** Sollte die ZB nicht innerhalb von 5 Tagen bezahlen, müssten es die entsprechenden Banken tun, bei denen die Einlage eingefroren wurde. Der Mann der Klägerin ist 81 Jahre alt und schwer herzleidend. Die Einlagen bei 3 Banken betragen US\$ 168.702.

\*\*\*

**Die niederländische Ahold gab an der Börse bekannt, dass sie das Kapital ihrer Disco Supermarktkette um US\$ 70 Mio. aufstockt.** Disco buchte im 2. Quartal erstmals Verluste. Es waren US\$ 194 Mio. gegen US\$ 320 Mio. Gewinn im gleichen Vorjahreszeitraum. Vor einem Monat hatte Ahold Investitionen von US\$ 200 Mio. in den nächsten 4 Jahren in Argentinien angekündigt. 70% davon sind für Vea und Plaza Vea Discount stores bestimmt.

\*\*\*

**Die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) hat Argentinien US\$ 100 Mio. Kredit gewährt und für die Bice-Bank weitere US\$ 150 Mio. zugesagt.** Das Darlehen soll Kredite für kleine Betriebe auf 20 Jahre mit 4 Jahren Karenz und variablen Zinssätzen ermöglichen.

\*\*\*

**Die ZB konnte Lebac-Wechsel in Pesos auf 14 Tage zu 57,28% Jahreszins unterbringen.** Von den angebotenen \$ 334 Mio. nahm sie \$ 272 Mio. an. Vor einer Woche wurden für das gleiche Geschäft 60% Jahreszins bezahlt. Auf 28 Tage nahm die ZB das Gesamtangebot von \$ 94 Mio. zu 66,01% Jahreszins an. Die Ausschreibung war für \$ 200 Mio. erfolgt. Die Beteiligung privater Anleger hat stark zugenommen. Bei der nicht konkurrierenden Tranche gab es 426 Angebote. Bei in Dollar indextierten Wechseln auf 14 Tage wurde das Gesamtangebot von US\$ 64,9 Mio. zu 2,5% Jahreszins (vormals 2,8%) angenommen.

\*\*\*

**Zwei Tage später konnte die ZB Lebac-Wechsel für \$ 241,65 Mio. auf 14 Tage zu 52% Jahreszins unterbringen, 82,77 Mio. auf 28 Tage zu 60%, US\$ 41,4 Mio. auf 14 Tage zu 1,9% und \$ 3 Mio. in Lebac auf 91 Tage mit CER-Anpassung zu 18%.** In allen Fällen lagen die Zinssätze unter denen der letzten Ausgaben.

\*\*\*

**Durch Dekret 1657/02 (Amtsblatt vom 6.9.02) wurde die in mehreren Dekreten vorgesehene Möglichkeit der Zahlung von nationalen Steuern in Staatspapieren zu pari für 90 Tage aufgehoben.** Es handelt sich dabei um folgende Dekrete: 424/01, 1615/01, 927/01 und 1226/0, durch die bei der Ausgabe bestimmter Staatstitel die Möglichkeit vorgesehen wurde, sie zur Zahlung von Steuern einzusetzen, sei es direkt oder nur im Fall, dass die Zinsen und Amortisationsraten nicht gezahlt worden sind. Auf diese Weise wolle Minister Cavallo diese Titel anziehender gestalten und deren Unterbringung erleichtern. Nachdem jedoch

in diesem Jahr bis Ende August Steuerzahlungen mit diesen Titeln in Höhe von \$ 1,82 Mrd. erfolgten und die Provinzen protestiert haben, weil diese Titel dann vom Betrag des beteiligten Steueraufkommens abgezogen werden, wurde das System einer Revision unterstellt. Das Dekret bestimmt ausserdem, dass für 90 Tage diese Titel nicht übertragen werden dürfen und dass die Inhaber derselben sie binnen 30 Tagen bei der Wertpapierkasse der Börse melden müssen. Auf dieser Grundlage wird die Regierung dann die Möglichkeit des Einsatzes der Titel für Steuerzahlungen gemäss den budgetären Möglichkeiten regeln, was im Klaartext eine Kontingentierung bedeutet.

\*\*\*

**Durch Dekret 1654/02 (Amtsblatt vom 6.9.02) wurde der Notzustand für den zivilen Luftverkehr erklärt, für die gleiche Frist, die das Gesetz 25.561 allgemein vorsieht.** Ab 1.9.02 sind die Luftfahrtunternehmen nicht mehr gezwungen, die Versicherungen im Inland zu verpflichten, wie es das Gesetz 12.988 (vom 11.6.53) vorsieht. Die Saldi der MwSt. können für die Zahlung anderer Steuern und Soziallasten eingesetzt werden. Flugzeuge, die mit Leasing gekauft werden, genießen die Ausnahme aus der MwSt., die im Absatz g des Artikels 7 des Gesetzes 23.349 vorgesehen ist, so dass die Steuer mit den Raten und nicht sofort auf den vollen Kaufpreis bezahlt wird. Die Versicherungspolice werden von der MwSt. ausgenommen. Die MwSt. auf den Brennstoff wird halbiert. Die Gesellschaften dürfen die neuen Tarife anwenden, die in diesem Dekret angeführt werden, die um 20% verringert werden können, wenn es sich um Tourismuspakete handelt, oder wenn die Passagen für hin und zurück 10 Tage vor der Reise ausgestellt worden sind und auf 2 bis 14 Übernachtungen vorsehen.

\*\*\*

**Die ZB hat beschlossen, den Banken, die Vorschüsse und Rediskonte erhalten haben, zu gestatten, dass sie Kredite gewähren, ohne vorher die Schulden an die ZB zu zahlen.** Die Banco Ciudad de Buenos Aires hatte eine Ausnahme gefordert, die auf diese Weise zur Regel wird. Hingegen wurde die Entscheidung über die Verrechnung von Rediskonten und Vorschüssen gegen Staatspapiere vertagt. Ursprünglich war dies nur für Staatsbanken gedacht, nachdem die Banco Nación und die BAPRO 43% der gesamten Rediskonte und Vorschüsse halten. Aber andere Banken protestierten, wobei ein allgemeines System dieser Art eine Diskriminierung darstellen würde, da weniger als die Hälfte der Banken diese Mittel von der ZB erhalten haben und vier Banken 78% davon haben. Insgesamt hat die ZB Rediskonte und Vorschüsse für \$ 16,97 Mrd. erteilt, zu denen dann noch \$ 4,13 Mrd. in Form von aktiven Swaps kommen, sodass der Gesamtbetrag \$ 21,1 Mrd. ausmacht, gegen nur \$ 13,6 Mrd. Anfang März.

\*\*\*

**Das Sekretariat für internationale Wirtschaftsbeziehungen des Aussernamentes teilte mit, dass nur 9 Produktarten nach den USA zollfrei exportiert werden können, im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems.** 44 von 57 Zollpositionen, die begünstigt sind, beziehen sich auf verschiedene Arten von gegerbten Häuten, Leder und Lederprodukten, und weitere 4 sind ebenfalls Positionen für gleiche Produktarten.

\*\*\*

**Aerolineas Argentinas hat den Gläubigern einen Abschlag von 60% auf eine Schuld von \$ 1,08 Mrd. angeboten.** Die verbleibenden 40% sollen in zwei Jahren gezahlt werden. Die Gläubiger haben bis zum 28. Oktober Zeit, um das Angebot anzunehmen oder abzulehnen.

\*\*\*

**Das Produktionsministerium hat verfügt, dass alle Anfragen über Amtshandlungen in einer Stelle konzentriert werden müssen.**

\*\*\*

**Das Schatzamt weist für August ein Defizit (ohne die übernommenen Rentenkassen von Provinzen) von \$ 367,4 Mio. aus, was \$ 328,2 Mio. mehr als im gleichen Vorjahresmonat ist.** Mit den Kassen sind es \$ 440,5 Mio. gegen \$ 344,2 Mio. im Vorjahr, weil das Defizit der Rentenkassen dieses Jahr \$ 73,1 Mio. betrug, gegen \$ 16 Mio. im Vorjahr. Die Einnahmen nahmen gegenüber dem Vorjahr um \$ 644,2 Mio. auf \$ 2.315,4 Mio. zu, aber die Ausgaben stiegen stärker, auf \$ 2.682,8 Mio. Die laufenden Ausgaben stiegen um \$ 981,8 Mio., von denen \$ 452,7 Mio. auf Zinsen, \$ 252,5 Mio. auf Überweisungen an den Privatsektor, \$ 277,4 auf „figurative“ Ausgaben und \$ 33,2 Mio. auf Gehälter entfallen. Es ist schwer zu erklären, warum die Gehälter zugenommen haben, nachdem sie im letzten Jahr eingefroren wurden. Offensichtlich wurden mehr Beamten eingestellt. Dass die Zinszahlungen trotz Default grösser waren, mutet ebenfalls merkwürdig an. Die Zuwendungen an die Provinzen nahmen um \$ 68,1 Mio. ab.

\*\*\*

**Italiens Premierminister Silvio Berlusconi erklärte, italienische Sparer seien durch das Default argentinischer Staatspapiere für US\$ 15 Mrd. betroffen, was 1% des italienischen BIP ausmache.**

\*\*\*

**Der Oberste Gerichtshof hat die Behandlung von zwei Entwürfen für eine Woche vertagt, die die Dollarisierung einer pesifizierten Festgeldanlage in Chubut und eines gerichtlichen Depots in Rio Negro bestimmen.** Dies würde dann sukzessive allgemein gültig sein. Richer Antonio Boggiano hat die Zusatzfrist beantragt. Vorläufig wird damit gerechnet, dass die Richter Julio Nazareno, Guillermo Lopez, Adolfo Vazquez und Eduardo Moliné O'Connor für die Wiederherstellung der Depositen in den ursprünglichen Dollarbeträgen stimmen würden. Es wird angenommen, dass weitere Richter sich dieser Position an-

schliessen, die Wort und Geist der Verfassung entspricht (wie es zahlreiche Richter in ihren Urteilen bestimmt haben), jedoch für Banken, Regierung und Bankschuldner ein Riesenproblem schafft. Voraussichtlich würden dann auch die Dollarkredite, die eins zu eins in Pesos umgewandelt worden sind, wieder in den ursprünglichen Dollarwerten ausgedrückt.

\*\*\*

**Ein Gutachten der Nationalen technologischen Universität und der Universität Buenos Aires, die das nationale Bewertungsgsgericht (Tribunal de Tasaciones) beraten, bewertet die Investitionen, die Siemens für die Ausstellung des Personalausweises DNI u.a. effektiv durchgeführt hat, auf US\$ 85 Mio.** Das ist der Betrag, den die Regierung angeblich bereit ist, zu zahlen. Siemens selber hatte diese physischen Investitionen auf

etwa US\$ 150 Mio. veranschlagt, hat jedoch beim internationalen Schiedsgericht der Weltbank ICSID (International Centre for Settlements on Investment Disputes, auf spanisch CIADI) Schadenersatzklage für US\$ 602 Mio. eingereicht, was sich nicht nur auf die Investitionen, sondern auch auf andere Ausgaben im Zusammenhang mit dem Vertrag und dem entgangenen Gewinn bezieht. Siemens hat vergeblich bis August erwartet, um eine Antwort von der Regierung zu erhalten, um den Fall gemeinsam diesem Schiedsgericht vorzulegen.

\*\*\*

**Am Donnerstag wurde das neue Schlachthaus Agroganadera Gonzalez Chaves in der gleichnamigen Ortschaft der Provinz Buenos Aires in Betrieb genommen.** Die Kapazität beträgt 7.500 Rinder pro Monat.

\*\*\*

York und Washington, um die Verhandlungen fortzusetzen.

## Verschärfte Devisenkontrollen

Für den Fall, dass es zu keinem Abschluss mit dem Fonds kommt, hat die Zentralbank dieser Tage die Devisenbewirtschaftung erheblich verschärft. Künftig müssen Exporte ab US\$ 200.000 anstatt bisher US\$ 500.000 der Zentralbank direkt abgeliefert werden, die damit den Importbedarf und zugelassene Transfers befriedigt und sich bemüht, dass die Devisenreserven nicht unter US\$ 9,0 Mrd. fallen. Bisher ist das mit US\$ 9,1 Mrd. geglückt.

Ausserdem wurde die Vorschrift ausser Kraft gesetzt, die Devisenschuldner erlaubte, Transfers ohne Bewilligung zu verfügen, sofern mindestens die Hälfte der Beträge umgeschuldet wurden, so dass künftig auch diejenigen Schuldner, die sich dem vorherigen System gefügt hatten, für den Transfer die ZB-Genehmigung einholen müssen. Ferner dürften Konkurschuldner mit Zusage der Richter frei transferieren, sofern 40% des Schuldkapitals gestrichen wurde und der Saldo nach zweijähriger Karenz in Durchschnittsraten von vier Jahren bezahlt wird.

Diese und andere flankierende Massnahmen der Zentralbank sollen nach dessen Präsident Aldo Pignanelli nur in Kraft bleiben, wenn kein Abkommen mit dem Fonds erreicht wird. Argentinien müsste somit auf sich selber angewiesen sein und auf jeglichen Auslandskredit verzichten. Jeder Vergleich mit Malaysia 1997, als ebenfalls in Opposition zum Währungsfonds Devisenkontrollen den Kapitalverkehr mit dem Ausland regelten, ist abwegig, weil dort der Auslandskredit nicht versiegte und kein Default verkündet wurde, so dass Malaysia weiter wachsen konnte. Zahlungswillige Schuldner können freilich ihre Auslandsgläubiger auf Umwegen bezahlen, indem sie Aktienzertifikate der Newyorker Börse (CEDEAR) oder Bonds Global 2008 im Inland mit Pesos erwerben und umgehend in New York verkaufen, allerdings zu einem höheren Wechselkurs.

## Schuldenregelungen mit Provinzen

Minister Lavagna verkündete stolz, dass der Primärüberschuss des Schatzamts, ohne Zinszahlungen, im August \$ 500 Mio. bei ei-

nem Gesamtdefizit von \$ 440 Mio. erreicht hatte. Das erlaubte ihm, die justizialistischen Gouverneure am Mittwoch zu beschwichtigen, die die Zahlung von \$ 660 Mio. rückständiger Steuertransfers forderten. Lavagna anerkannte die Schuld, die er freilich um \$ 373 Mrd. verringern wollte, nachdem die Nationalregierung Fälligkeiten der Provinzen zugunsten der Weltbank und der BID beglichen hatte. Hierüber wurde gerangelt. Der Kompromiss lautet, dass die Provinzen \$ 200 Mio. anerkennen und die Nationalregierung \$ 173 Mio. selber trägt, was im Klartext eine neue Subvention zugunsten verschuldeter Provinzen bedeutet, ohne dass der Kongress eingeschaltet wird. Somit verbleibt eine Steuerschuld von \$ 500 Mio., die am 15. September zu \$ 200 Mio., am 30. September zu \$ 43 Mio., am 15. Oktober und am 15. November zu je \$ 70 Mio. und am 15. Dezember zu \$ 60 Mio. abgegolten wird.

Die rückläufigen Beteiligungsteuern an Gliedstaaten beruhen bei gesamthaft nominell zunehmenden Steuereinnahmen darauf, dass die Exportzölle nicht geteilt werden, dass die Girokontensteuer nur zu 30% beteiligt wird und dass die Bezahlung von Steuern mit Schuldscheinen und Bonds (Letes, Patagones und Provinzbonds) das zu verteilende Steueraufkommen zu Lasten der Gliedstaaten schmälert.

Deshalb hat Minister Lavagna zeitgleich verfügt, dass künftig nur bestimmte Schatzwechsel, genannt Letes, und Provinzbonds Patacones von Buenos Aires für die Bezahlung von Steuerschulden zugelassen werden, so dass alle anderen 14 Provinzbonds entfallen. Immerhin haben 15 Provinzen bisher \$ 8,0 Mrd. an Bonds ausgegeben, die wie Falschgeld umlaufen. Der Fondsbeamte John Thornton, auf Mission in Buenos Aires, forderte die Einstellung der Ausgabe solcher Bonds, was die Provinzen freilich nur nachvollziehen können, wenn der Fonds das Defizit von angenommenen \$ 2,0 Mrd. für 2002 finanziert, wie es zu Beginn der Verhandlungen verheissen wurde. Sonst können sie weder Gehälter noch Renten zahlen.

Die Bezahlung von Steuern mit Letes war von Minister Cavallo nahezu vor Jahresfrist zugelassen worden, angeblich um Kleinunternehmen zu begünstigen. Bisher wurden Steuern für \$ 1,8 Mrd. mit Letes und anderen Bonds bezahlt, wobei \$ 1,06 Mrd. auf Grossun-

# WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

## Knallharte Fondsverhandlungen

Während das Fondsdirektorium vorgestern einstimmig, aber mit Vorbehalten, entschied, die bevorstehende Fälligkeit der argentinischen Schulden für US\$ 2,7 Mrd. für ein Jahr auszusetzen, äusserte sich US-Schatzsekretär Paul O'Neill am Vortag besonders kritisch über die Regierung.

Einmal beanstandete O'Neill, dass Minister Lavagna das ihm im August auf Besuch in Buenos Aires versprochene Verständigungsmemorandum der Fondsleitung mit einer Verspätung von 15 Tagen zugeführt wurde, was Lavagna freilich umgehend korrigierte: die Verspätung habe weniger als zehn Tage betragen, womit er freilich die Verspätung zugab. Inhaltlich sei das Memorandum in der Sicht O'Neills ungenügend für ein Abkommen mit dem Fonds.

Ferner setzte sich O'Neill dafür ein, dass in Argentinien die Verträge zu achten sind, nachdem er grundsätzlich freundliche Worte für Land und Leute geäussert hatte. Mit der Achtung der Verträge hat der Schatzsekretär das gesamte Regelwerk der Abwertung mit asymmetrischer Pesifizierung, die einer deutlichen Missachtung der Verträge und des Eigentumsrechtes entsprechen, genauso verworfen, wie es die Urteile der Richter, der Berufungskammern und des Obersten Gerichtshofs in allen Urteilen bisher vorgeschrieben haben.

Schliesslich geisselte O'Neill die obwaltende Korruption und die Zahlung von Schmiergeldern, welches Übel in seiner Sicht nur die argentinische politische Füh-

rung ausmerzen könne. Kein Ausserstehender könne das vollbringen. Der Schatzsekretär mag mit dieser Äusserung den jüngsten angeblichen Korruptionsskandal gemeint haben, wonach sich argentinische Bankiers bei den Botschaften der USA und Grossbritanniens über einer Schmiergeldforderung nicht namentlich genannter Parlamentarier beklagt hätten, damit das Gesetzesprojekt über die Wiedereinführung der 2prozentigen Steuer auf Bankprovisionen und -kredite zuhanden der Bankgewerkschaft von der Deputiertenkammer abgelehnt werde, nachdem der Senat das Projekt des Gewerkschafters Luis Barrio-nuevo aus Catamarca bereits verabschiedet hat. Die angesehene Finanzzeitung „Financial Times“ hatte den Korruptionsskandal in der Vorwoche veröffentlicht, worüber jetzt im Kongress ermittelt wird.

Präsident Duhalde verniedlichte die Kritik O'Neills, die man nicht beachten sollte, wogegen Wirtschaftsminister Lavagna sie inhaltlich rechtens anerkannte, nachdem er am Vortag gesagt hatte, dass die Verhandlungen mit dem Fonds stets von Parlamentariern hintertrieben würden, die dauernd neue Gesetzesvorlagen behandelten und verabschiedeten, womit neue Hindernisse für den Abschluss entstünden. Trotzdem liess Lavagna durchblicken, dass weiter verhandelt wird. Als Ziel nannte er die Umschuldungen der Fälligkeiten mit dem Fonds, der Weltbank und der BID bis Ende 2003. Finanzsekretär Guillermo Nielsen reist nach London, New

ternehmen entfielen, deren Namen veröffentlicht wurden. Sie haben damit eine Ersparnis von angenommenen 20% gemacht, zu welchem Diskont sie die Schatzscheine und Bonds am Markt erwarben, die die Regierung zu pari akzeptiert und damit Schuldkapital tilgt, aber keine laufenden Ausgaben finanzieren kann. Dieser Unsinn soll künftig weitgehend eingestellt werden. Zulässige Letes bleiben weiterhin am Ball, weil Cavallo sie seinerzeit mit der Garantie ausgab, dass sie im Fall eines Regierungsdefaults für Steuern eingesetzt werden dürfen, was gegenwärtig zutrifft. Im August waren \$ 663 Mio. mit solchen Papier bezahlt worden, die 14% der Steuereinnahmen von \$ 4,7 Mrd. ausmachten. Die Provinzbonds, die nicht mehr für Steuerzahlungen eingesetzt werden dürfen, werden freilich an Marktwert verlieren, so dass Provinzbeamte, Rentner und Lieferanten Schaden erleiden, wenn sie die Bonds in Zahlung akzeptieren müssen.

## Kompromiss über CER-Wertberichtigungen

Nach längeren Verhandlungen zwischen Parlamentariern und Bankiers wurde dieser Tage ein Kompromiss über die als CER bekannte Wertberichtigung von Bankschulden erreicht, der demnächst als Gesetz verabschiedet werden soll. Diese an den Kleinhandelspreisen gekettete monatliche Wertberichtigung der Bankschulden soll ab November gelten, die Hypotheken für einzige Eigenwohnungen, die Personalkredite bis \$ oder US\$ 12.000 und die Pfandkredite bis \$ oder US\$ 30.000 entlasten. Ob die Regierung mit neuen Bonds für die Verluste aufkommen wird, die den Banken für diese Freizügigkeit aufgebrummt werden, muss abgewartet werden. Insgesamt werden Bankschulden für \$ 11 Mrd. bis \$ 400.000 Einzelkredite entlastet. Private Mietverträge werden nach dem Lohnindex CVS wertberichtigt, den das Statistikanal Indec ausarbeitet. Die Bonds, die gegebenenfalls die Bankverluste abdecken, werden die Neuverschuldung der öffentlichen Hand entsprechend vermehren, so dass die Schuldnergeschenke von künftigen Steuerzahlern beglichen werden müssen, die an diesem Regelwerk unschuldig sind, aber trotzdem zur Kasse gebeten werden. Frühere Schuldenverwässerungen wurden durch die Inflation den Konsumenten aufgehalst, deren

Kaufkraft geschmälert wurde.

## Leidige Staatsbankenreform

Seit Jahren besteht der Fonds darauf, dass die Regierung die Staatsbanken reformiert. Gemeint sind die Banco de la Nación Argentina, die Banco de la Provincia de Buenos Aires (BAPRO) und die Banco de la Ciudad de Buenos Aires. Minister Lavagna hat den Eigentümern der Banken, lies die Provinzregierung von Buenos Aires und die Stadtregierung, sowie den drei Bankpräsidenten schriftliche Richtlinien zugeschickt, wie die Reform ihrer Statuten aussehen sollte.

Die operativen Kosten sollen um 20% bis 30% gesenkt werden, was sicherlich mit Personalabbau einher gehen müsste. Nahe beieinander liegende Niederlassungen sollen fusioniert werden. Private Konsulenten sollen verpflichtet werden, die einen Geschäftsplan ausarbeiten sollen. Das Inkasso notleidender Kredite soll dezentralisiert werden, indem private Firmen hierfür verpflichtet werden, wie es längst bei privaten Banken üblich ist. Das Aktienkapital der Banken soll börsenfähig eingeschrieben werden, damit ein Verkauf von möglicherweise 10% möglich wird.

Der Vorstoss hat sogleich auf Widerstand gestossen. Expräsident Alfonsín sprach sich dagegen aus. Die Zentralbankleitung meldete beim Minister ihre Bedenken an, weil es sich um einen Fragenkomplex handele, der der Notenbank als Aufsichtsbehörde der Bank zufällt. Minister Lavagna konterte, dass es dabei um Strukturreformen gehe, für welche die Regierung zuständig sei, wogegen die Zentralbank nur ausführendes Organ sei. Die Ansichten der Bankpräsidenten sickerten noch nicht durch, doch wird ebenfalls Opposition erwartet.

Der stärkste Widerstand gegen die Reform der Staatsbanken dürfte klammheimlich von ihren Schuldnern entstemmen, die vielfach die Schulden nicht tilgen, auch die Zinsen nicht, ohne dass die Bankforderungen eingetrieben werden. Landwirte, die Schuldner der Banken Nación und BAPRO sind, sollten jetzt ihre Schulden begleichen können, solange sie eins zu eins pesifiziert sind, während ihre Einnahmen dank Abwertung in Pesos drei Mal höher sind und hohe Getreide- und Viehpreise vorwiegen. Der Börsengang der Banken setzt ordentliche Bilanz-

führung voraus, ferner die Meinung unabhängiger Revisoren, alles Dinge, die bei staatlichen Stellen nicht ins Konzept passen. Deshalb muss bezweifelt werden, dass es einer politisch geschwächten Regierung wie diejenige Duhaldes, sofern sie mit Minister Lavagna einig geht, tatsächlich eine

## Fiskaleinnahmen unter Rezessionsdruck

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren, lagen im August mit \$ 4,73 Mrd. um 16,4% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 6% unter dem Vormonat. Wenn man diese Zahl auf der Grundlage eines gemischten Indices von Einzelhandels- und Grosshandelspreisen deflationiert, so ergibt sich eine Abnahme von 30%, die noch dramatischer erscheint, wenn man berücksichtigt, dass die Aussenhandelssteuern dank der Sondersteuer auf Exporte mit \$ 811,7 Mio. um 533% über dem Vorjahr lagen, jedoch um 6,2% unter Juli.

Die Nettoeinnahmen der MwSt. lagen mit \$ 1,36 Mrd. um 0,6% über dem Vorjahr und um 3,4% unter dem Vormonat. Allerdings wurde ein viel höherer Betrag an Rückgaben der MwSt. an Exporteure ausgezahlt, nämlich \$ 376 Mio., was 262,5% mehr als im Vorjahr und 8,9% mehr als im Vormonat darstellt. Das Steueramt hat bei der MwSt. 24,4% mehr als im Vorjahr und 3,3% mehr als im Vormonat eingenommen, und das Zollamt um 6,3% mehr, bzw. 11,6% weniger.

Die Einnahmen bei der Gewinnsteuer lagen mit \$ 844,1 Mio. um 7,5% höher als im Vorjahr und um 10,5% über dem Vormonat. Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass im August Vorschüsse gezahlt werden, während dies im Juli nicht der Fall war. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr lässt sich nur durch inflationäre Gewinne und Einkommenszunahmen erklären, die in den letzten Monaten stattgefunden haben.

Die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen ergab \$ 430,4 Mio. und lag somit um 0,3% unter dem Vorjahr und um 8,9% unter dem Vormonat. Dies ist nicht normal, da die Besteuerungsgrundlage sich mit der Inflation erhöht haben sollte, umso mehr, als ab 1. Dezember 2001 die Barabhebungen stark begrenzt worden sind, so dass mehr Zahlungen mit Schecks, Karten oder direkten Zahlungsbefehlen durchgeführt werden müssten, die die entsprechen-

solche Reform durchsetzen kann, die vom nationalen Kongress, der Legislative der Stadt Buenos Aires und dem Parlament der gleichnamigen Provinz abgesegnet werden müssen. In Parlamenten melden sich die Gegner, ohne unbedingt offiziell Farbe bekennen zu müssen.

de Steuer zahlen. Ebenfalls wirkt sich die Inflation auf den Umfang dieser Zahlungen in nominellen Pesos aus. Als Erklärung der Stagnation der Einnahmen aus dieser Steuer ist die Rezession unzureichend. Es hat offensichtlich einen starken Übergang auf Bargeldzahlungen gegeben, der durch das Misstrauen in das Bankensystem genährt wird, das nicht so sehr durch die Begrenzung der Barabhebungen, als durch die Einfrierung und Reprogrammierung der Depositen genährt wird.

Bei den Sozialbeiträgen hat eine eigenartige Entwicklung stattgefunden. Die Unternehmerbeiträge lagen mit \$ 543,9 Mio. um 5,6% über dem Vorjahr und um 23,3% unter dem Vormonat. Letzteres ist durch die im Juli erfolgte Auszahlung des halben zusätzlichen Jahreslohnes oder -gehaltes zu erklären. Aber die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist bei geringerer Beschäftigung und nur ausnahmsweise erhöhten Löhnen und Gehältern schwer zu erklären. Bei den persönlichen Beiträgen zum staatlichen System, die \$ 303 Mio. erreichten, trat gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung von 32,9% ein und gegenüber dem Vormonat eine von 25,4%. Die Einnahmen des privaten Rentensystems lagen mit \$ 154,8 Mio. um 51,4% unter dem Vorjahr und um 28,1% unter dem Vormonat. Die interanuelle Verringerung ist durch die Herabsetzung des Beitrages von 11% auf 5% zu erklären, die Cavallo letztes Jahr verfügt hatte und die bisher nur für die Beitragenden zum staatlichen System korrigiert wurde. Die Verringerung der persönlichen Beiträge zum staatlichen System wurde somit nicht durch einen starken Übergang zum privaten System herbeigeführt. Es wurde offensichtlich einfach nicht gezahlt.

Einen merkwürdigen Fall stellt die Steuer auf persönliche Güter dar, deren Erlös mit \$ 62,5 Mio. um 46,1% unter dem Vorjahr und um 96,2% über Juli 2002 lag. Letzteres ist auf den Augusttermin zur Zahlung des ersten Vorschus-

ses zurückzuführen. Der drastische interanuelle Rückgang ist indessen schwer zu erklären, da die privaten Vermögen relativ konstant sind und normalerweise zunehmen, wobei es sich um größten Teil um registrierte Güter (Immobilien, Kfz, Aktien, Beteiligungen an GmbHs u.a.) handelt. Hier stimmt etwas nicht beim Steueramt.

Von den gesamten Fiskaleinnahmen wurden etwa \$ 600 Mio. in Staatspapieren eingenommen, die die Staatsschuld verringern, aber keine echten Einnahmen darstellen. Dann wurden \$ 1,2 Mrd. in Lecop und Patacones eingenommen. Erstere werden erneut in

Umlauf gebracht, indem der Nationalstaat seinen Anteil und die Provinzen den ihrigen erhalten. Die Patacones werden hingegen gesamthaft von der Beteiligung der Provinz Buenos Aires abgezogen. Je mehr der Betrag dieser monetären Bonds zunimmt, umso mehr werden Steuern mit ihnen bezahlt. Nur die Provinz Buenos Aires hat das Privileg, dass ihre Bonds auch für die Zahlung von Nationalsteuern eingesetzt werden können. Die anderen Provinzen beklagen sich darüber, weil dadurch die Bonds einen breiteren Markt haben und somit mit geringerem Abschlag gehandelt werden.

## Den Steuerhinterziehern auf der Spur

Die Zeitung „Clarín“ veröffentlichte am vergangenen Montag einen Artikel, bezogen auf eine Denkschrift der Steuerbehörde AFIP an den Wirtschaftsminister, die offensichtlich der Zeitung zugespielt worden war, in der die Steuerhinterziehung aufgezählt wird, die als Folge der Urteile in Sachen Schutzreurse („amparos“) bekannt geworden sind.

Die Depositeneinhaber, die auf Empfehlung ihrer Rechtsanwälte erfolgreiche Gerichtsklagen gegen ihre Banken zwecks Auszahlung ihrer Einlagen, gegebenenfalls in Dollar oder in Pesos zum Tageskurs anstatt zum Fiktivkurs von \$ 1,40 je U\$S, angestrengt hatten, wurden plötzlich eines Besseren belehrt. Sie mussten feststellen, dass ihre Konten nach dem Urteil, das ein öffentliches Rechtsinstrument ist, nicht mehr durch das Bankgeheimnis geschützt waren. Das Bankgeheimnis verhindert, dass die Steuerbehörde sie aufstöbert, es sei denn, dass eine konkrete Hinterziehungsklage oder eine Steuerfahndung vorliegt, in welchen Fällen die Banken der Steuerbehörde die betreffenden Konten offen legen müssen.

Zahlreiche Richter gaben seit Februar 2002 den Klagen Recht, wobei immerhin bereits 71.000 Klagen für \$ 5,88 Mrd. auf richterlichen Befehl an die Banken ausbezahlt worden sind. Wieweit einige Richter mit den Rechtsanwälten die Honorare, meist 20% bis 30% der Depositen, teilten, sei dahingestellt. In der Provinz Chaco wird gegen einige Richter bereits ermittelt, weil der Verdacht besteht, dass sie bestochen worden sind.

Nun stellte die Steuerbehörde im August fest, dass die Schutzreurse fühlbar auf \$ 348 Mio. nachgelassen haben, wogegen sie im Juni und Juli je \$ 1,1 Mrd. ergeben hatten. Der Rückgang auf rund ein Drittel,

etwa so viel wie im ersten Monat Februar nach der Zwangsumschulung (Spanisch „corralón“) der Depositen, überzeugte den Wirtschaftsminister, dass die Furcht, als Steuerhinterzieher ertappt zu werden, weil das Bankgeheimnis entfällt, manche Depositeneinhaber dazu bewegen haben mag, auf ein Schutzrekurs zu verzichten oder allenfalls die Richter zu bitten, das Urteil aufzuschieben. In Gerichtskreisen und in der Zentralbank ist man laut „Clarín“ anderer Ansicht, wo der Rückgang auf nicht genannte Umstände zurückgeführt wird, die nichts mit der Steuerhinterziehung zu tun haben.

Im August hat die Steuerbehörde feststellen können, dass bei 69% aller Schutzreurse die betreffenden Depositen nie bei der Behörde als Steuererklärung angegeben wurden. Erwischt zu werden, hat schwerwiegende Folgen für die Hinterzieher. Einmal müssen sie die Gewinnsteuer nachzahlen, deren Höchstsatz 35% beträgt, aber für Privatpersonen niedriger ausfällt, ferner die Vermögenssteuer von 0,75% auf über \$ 200.000 und 0,50% auf mehr als \$ 102.000. Wenn Umsätze hinterzogen worden sind, kommt auch die Mehrwertsteuer in Frage. Ferner fallen Strafzinsen und Bussen an, deren Höhe je nach der Einstufung der Hinterzieher bestimmt wird. Sie wird niedrig bemessen, wenn die Hinterzieher klein beigeben und zahlen, und höher, wenn sie bereits als Hinterzieher bekannt sind oder sich weigern, die Steuern zu bezahlen. Im Extremfall wird die hinterzogene Steuer verzehnfacht, so dass das gesamte Depositeneinlagenkapital eingetrieben wird.

Drei Einzelfälle, über die „Clarín“ ohne Namensnennung berichtet, beziehen sich auf einen Sparer der Bundeshauptstadt für U\$S 1,8 Mio., der behauptete, das Geld im Spiel (Quini 6) gewonnen zu haben, dessen Angabe er vergessen hatte, auf einen Selbstständigen („monotributista“) für U\$S 675.000, der angab, von seinem Vater geerbt zu haben, und eine Lehrerin in Chaco für U\$S 1,1 Mio., die nicht einmal in der Steuerbehörde eingetragen war.

Die Steuerbehörde ist offensichtlich den Depositeneinhabern auf der Spur, die seit Februar Gelder von den Banken auf richterlichen Befehl abgehoben haben, so dass sich damit ein ansehnliches Kapital der Steuerfahndung ansammeln dürfte. Je deutlicher den möglichen Klägern das Risiko vor Augen geführt wird, desto geringer wird ihre Neigung sein, Klage auf Rückerstattung einzureichen, dafür Honorare an ihre Rechtsanwälte bezahlen zu müssen und zudem als Hinterzieher überführt zu werden. Wer hingegen mit der Steuer in Ordnung ist, braucht nichts zu fürchten. Kleine Fische schlüpfen durch die Netze der Steuerbehörde, die sich nicht für sie interessiert.

Die skandalöse Steuerhinterziehung keinesfalls armer Personen, die auch nicht Unternehmer in Zahlungsnot sind, zeigt allzu deutlich, wo der Finanzschuh in Argentinien drückt. Möglicherweise wird sich die nächste Regierung um die Steuereintreibung kümmern müssen, damit sie ihre Finanzen sanieren kann, wie es alle Staaten vollzogen haben, die die Defizite ausgemerzt haben und dann in den Genuss niedriger Kapitalzinsen gelangten, die ihren Wirtschaftsaufschwung finanzierten.

**ZB-Vorschüsse an Banken (Saldi)**

(in Mio. Pesos)

Banco de Galicia .....	4.554,1
Banco de la Nación .....	3.753,3
Banco Provincia Bs. As. ....	3.569,0
Banco Francés .....	1.422,0
Sudameris .....	403,3
Nuevo Banco Bisel .....	390,2
Banco Rio .....	377,0
Banco Provincia Córdoba .....	327,1
Banco Hipotecario .....	314,4
Banco HSBC .....	294,7
Andere Banken .....	1.586,9
<b>Insgesamt .....</b>	<b>16.992</b>

**Konkurse und Vergleichsverfahren**

(in Pesos)

	2000	2001
Nov.	19.186.828	163.388.328
Dez.	25.123.298	70.386.827
	2001	2002
Feb.	128.297.641	368.268.829
März	205.784.513	521.511.162
Apr.	45.312.412	70.752.564
Mai	100.879.210	108.698.186
Juni	180.109.451	97.756.376
Juli	1.031.615.072	269.607.503
Aug.	107.380.784	80.009.623

**Argentinischer Aussenhandel**

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
<b>2001</b>						
Oktober	2.098	(2.055)	1.511	(2.220)	587	(-165)
November	2.103	(2.150)	1.333	(2.181)	770	(-31)
Dezember	1.944	(2.279)	931	(2.058)	1.013	(268)
<b>Total 2001</b>	<b>26.655</b>	<b>(26.298)</b>	<b>20.312</b>	<b>(25.148)</b>	<b>6.343</b>	<b>(1.150)</b>
<b>2002</b>						
Januar	1.823	(2.049)	853	(1.963)	970	(86)
Februar	1.822	(1.853)	627	(1.754)	1.195	(99)
März	2.060	(2.029)	592	(2.030)	1.468	(-1)
April	2.146	(2.389)	611	(1.914)	1.535	(475)
Mai	2.342	(2.574)	861	(2.090)	1.481	(484)
Juni	2.213	(2.513)	687	(1.747)	1.526	(766)
Juli	2.211	(2.355)	813	(1.769)	1.398	(586)
<b>7 Mon. 02</b>	<b>14.617</b>	<b>(15.746)</b>	<b>5.044</b>	<b>(13.290)</b>	<b>9.573</b>	<b>(2.457)</b>

Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. US\$. (...) = Vorjahr

**PREISENTWICKLUNG**

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise allgemein		Grossistenpreise: national				Baukosten	
					Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich			
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
<b>2001</b>										
Juli	-0,3	-1,1	-0,3	-1,8	0,3	-2,6	1,0	0,9	-0,1	-0,3
August	-0,4	-1,2	-0,5	-2,5	-1,6	-3,9	-2,0	-0,9	-0,8	-1,0
September	-0,1	-1,1	-0,5	-4,1	-0,6	-3,7	-4,6	-7,5	-0,5	-0,7
Oktober	-0,4	-1,7	-1,5	-5,7	-0,4	-4,0	-1,9	-11,9	-0,2	-0,4
November	-0,3	-1,6	-1,4	-6,9	-0,1	-4,6	-0,4	-9,0	-0,2	-0,8
Dezember	-0,1	-1,5	-0,1	-5,3	-3,1	-7,5	-1,2	-8,3	-0,1	-0,5
<b>2002</b>										
Januar	2,3	0,6	6,8	1,0	1,4	-6,2	15,0	7,0	2,7	2,3
Februar	3,1	4,0	11,3	12,4	3,3	-3,1	13,2	20,7	5,7	8,1
März	4,0	7,9	13,1	27,0	19,6	16,1	12,5	36,0	4,2	10,8
April	10,4	21,1	19,9	53,8	18,1	37,6	16,9	58,9	7,1	18,7
Mai	4,0	23,0	12,3	72,3	8,5	49,3	15,6	79,9	3,6	23,5
Juni	3,6	28,4	8,2	87,2	6,6	62,9	12,0	102,5	2,8	27,3
Juli	3,2	32,9	4,6	97,3	-4,2	58,0	7,3	119,9	3,9	32,9
August	2,3	36,5	4,8	107,7	0,8	58,2	10,3	142,5	2,4	36,5

Quelle: INDEC